

Politische Zäsur

Wahlen in Ostdeutschland: „Woidke sticht“, FR-Titel vom 23. September

Wahltag ist immer auch Zahhtag. So heißt eine bundesdeutsche Lebensweisheit für Politiker:innen. Die mündigen Brandenburger:innen haben sowohl dem Landesvater SPD-Ministerpräsidenten Dietmar Woidke als auch den auf Abschiedstournee im Ausland weilenden Noch-SPD-Bundeskanzlers Olaf Scholz einen deutlichen Denkkzettel berechtigtweise verpasst. Wer die mündigen Wähler:innen seit Jahren zum Narren hält – ob in Potsdam oder Berlin – der muss sich vor der Zeugnisverteilung, wie man/frau bei den Schüler:innen zu sagen pflegt, fürchten. Viel wurde angekündigt, nichts Wesentliches wurde für die normalsterblichen Bürger:innen erledigt.

Was ist aus der These des Friedensnobelpreisträgers und ersten sozialdemokratischen Bundeskanzlers Willy Brandt geworden: Mehr Demokratie wagen?! Was waren das ab 1969 für Zeiten in der ersten sozialliberalen Koalition? Was ist seitens der FDP aus den berühmten Freiburger Thesen von 1972 geworden? Eine gerechte Sozialpolitik, die gemäß Grundgesetz durch eine gerechte Steuerpolitik finanziert werden soll, ist für die heutige FDP ein populistisches Fremdwort.

Wer so wenig Sensibilität gegenüber unserem Grundgesetz walten lässt, dem darf man/frau keine politische Verantwortung übertragen! Christian Lindner beweist täglich, dass er sich nicht an Koalitionsabsprachen hält, dass er Urteile des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe bewusst ignoriert und dass er nicht koalitionsfähig ist. Klaus Jürgen Lewin, Bremen

Diskussion: frblog.de/wahlen.ost

Gewählt ist gewählt

Landtag in Erfurt: „Scharfe Kritik an AfD in Thüringen“, FR-Titel vom 28.9.

Die alten Griechen waren die Erfinder der Demokratie. Ihre Demokratie war allerdings nur eine Sklavhalterdemokratie. Die Sklaven hatten kein Mitspracherecht.

Das Wort Demokratie bedeutet laut Wikipedia „Macht oder Herrschaft des Volkes“. Sie wird charakterisiert durch die Teilnahme aller an der politischen Willensbildung an geheimen Wahlen. Sämtliche Argumente der gesellschaftlichen Gruppen müssen auf den Tisch und ohne Scheu öffentlich diskutiert werden können.

Das Wahrzeichen einer echten Demokratie ist das Einhalten von Spielregeln – gewählt ist gewählt, auch wenn es für einen oder anderen Teilnehmer nachteilig sein möge. Man kann nicht die Resultate nur dann akzeptieren, wenn sie dem eigenen Vorteil dienen, so Egon Bahr.

Wer ständig die Spielregeln ändert, um an der Macht zu bleiben, untergräbt die Demokratie.

Karl Hahn, Bad Salzungen



Insekten im Garten

Sabine Groß aus Meinhard schickt mir dieses Foto zum Thema „Insekten im Garten“ und schreibt dazu: „In meinem Garten in Grebendorf mit drei großen Nussbäumen und einem alten Birnbaum bei nur 700 Quadratmetern Gesamtfläche habe

ich 30 verschiedene Wanzen fotografieren können. Diese fliegen nicht so schnell weg und sind daher leichter zu fotografieren und recht gut zu bestimmen.“ Beim abgebildeten Tier handelt es sich wohl um eine Weichwanze.

SABINE GROSS

Jetzt sind konstruktive Ideen erwünscht

Asylpolitik: „Schwarz-Grün prescht vor“, FR-Politik vom 28. September

Drei Bundesländer machen sinnvolle Vorschläge

Der Ländervorstoß von Nordrhein-Westfalen- Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein für härtere Migrationspolitik ähnelt nicht nur dem Paket der Ampel-Regierung, sondern stellt offensichtlich die Grenze dar, so Josefine Paul (Grüne): „Wir bleiben ein offenes und vielfältiges Land.“

Interessant ist allerdings, was nicht in dem Forderungspapier der Bundesländer drinsteht, wie Stephan Weil (SPD) feststellt: Es ist nirgends von „Zurückweisungen“ die Rede. „Was sagt wohl Friedrich Merz dazu?!“ Zudem weist der niedersächsische Ministerpräsident darauf hin, dass die arbeitsmarktpolitische Integration von Migranten mehr Beachtung finden müsste. Ich stimme zu, weil in Deutschland ausgebildete Migranten, Flüchtlinge, Asylbewerber, deren Arbeitgeber eine gelungene Integration bescheinigen, abgeschoben werden, weil es gerade passt.

Ich habe den Offenen Brief „Eintreten für Würde: Menschenrechte wahren, Asylrecht verteidigen, sozialdemokratische Werte leben!“ an die SPD-Spitze unterschrieben. Niemand kann vom grünen Tisch in Deutschland aus beurteilen, ob ein Asylantrag begründet ist, ob ein Migrant „nur“ aus wirtschaftlichen Gründen hier ist oder ob ein Flüchtling „nur“ wegen der Unterstützungsgelder geflohen ist. Die Beamten, die Gelder, die hier eingesetzt werden, benötigen wir, um

Sprach- und Integrationskurse anzubieten, um Bildungs- und Ausbildungsplätze zu schaffen, um die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen zu beschleunigen.

Was beurteilt werden kann, ist, ob jemand integrationswillig ist. Allerdings müssen sie auch vom ersten Tag an arbeiten und an notwendigen Maßnahmen teilnehmen dürfen. Das hilft der deutschen Wirtschaft, den Facharbeitermangel zu begrenzen. Das hilft den Menschen, sich sinnvoll zu beschäftigen und sich selbst eine Perspektive aufzubauen. Das würde viele Probleme marginalisieren.

Jörg Kramer, Uelzen

Keine Differenzierung, keine Ursachenforschung

Ohne das schreckliche Attentat von Solingen kleinreden zu wollen, scheint mir doch die Ausschließlichkeit, mit der man unisono und quer durch alle Parteien plötzlich meint, sich dem o.g. Thema mit immer radikaleren, rechtlich ungeprüften Maßnahmen „widmen“ zu müssen, überhitzt und übertrieben. Befeuert wurde das Ganze im Vorfeld durch eine gigantische Kampagne im Wahlkampf von AfD und BSW, welche gerade bei den Jüngeren anscheinend den Nerv traf.

Da wird ein Thema systematisch zur Hauptursache aller Probleme hochstilisiert und die Ampelregierung gebetsmühlenartig – auch von der Opposition – verunglimpft und zur Hauptschuldigen ernannt. Es findet keine Differenzierung oder gar

Ursachenforschung statt, obwohl viele unserer jetzigen Probleme struktureller Art sind (man denke an die Bildungskrise; die durch Merkel verschlafene Klimapolitik; soziale Ungleichheit). Das alles sind Faktoren, die den Menschen Angst machen – verständlich, aber da nutzt es doch niemanden, wenn man – wie ein Herr Merz meint – den nationalen Notstand (!) ausrufen (und am besten noch alle Grundrechte gleich mit einschränken) will!

Leider spielt das alles der AfD und ihrer Klientel in die Hände: Nicht umsonst hat ein Herr Gauland seinerzeit geäußert, dass die „Flüchtlingskrise“ das Beste war, was seiner Partei passieren konnte. Man sollte dieser Partei genauestens auf die Finger schauen und sie möglichst aus Regierungsbeteiligung heraushalten (warum besteht eigentlich in Thüringen und Sachsen eine „Brandmauer“ zur Linken und zum BSW, die ja wohl verfassungsschutzrechtlich so nicht in Erscheinung getreten sind?). Denn: Dass weite Teile der AfD im Schilde führen, die Demokratie abzuschaffen und dafür die demokratischen Instanzen benutzen wollen, liegt auf der Hand.

Liebe „Wutbürger- und Protestwähler“-innen! (Ich meine auch die HessInnen, die im März '24 die AfD gewählt haben!): Hoffentlich erweist sich Eure „Denkzettelwahl“ nicht als Bumerang für Euch und unser ganzes Land! Wir alle sollten gemeinsam dafür kämpfen, dass keine antidemokratische Partei sich hier einnisten kann!

Barbara Fleischmann, Alsfeld

Einfach mal nachdenken

Erwiderung auf: „Die Osis sind einfach unbelehrbar“, FR-Forum vom 12.9.

Leserin Elke Gehritz und Leser Wolf-Dieter Beil haben den Beitrag von Frau Brockmann (Gastwirtschaft vom 6.9.) schlicht falsch verstanden. Es geht nicht um Arbeit im ökonomischen Sinn, sondern um Arbeit im politischen Sinn. Sich die Mühe machen, mal nachzudenken, was es politisch bedeutet, AfD oder BSW zu wählen. Eigentlich geht es um die immer vorhandene und weit verbreitete Einstellung in der ehemaligen DDR, man komme zu kurz, man könne nichts sagen und habe nichts zu sagen, und überhaupt: Die da oben! Das gibt es bei den Wessis auch, aber nicht so verbreitet. Die jeweiligen Parteien, früher Republikaner, dann NPD, heute eben AfD und BSW, bieten den Sammelpunkt für alle unzufriedenen, eher rechts funktionierenden Menschen.

Das Problem heute ist: Die Krisen werden drängender und unlösbarer. Klima, Umwelt, Migration, Landwirtschaft, Wirtschaft und Arbeit usw. Niemand hat Lösungen, auch die Altparteien nicht. Wen also wählen? Das ist die große Frage. AfD und BSW zu wählen ist jedoch bestimmt keine Lösung, denn die leugnen einfach die Probleme und haben ansonsten nur ein Programm, das direkt ins Verderben führt. Das hatten wir schon, und es hat nicht funktioniert. Lösungen bieten sie jedenfalls keine. Es geht also darum, politisch die Dinge anzupacken, und nicht darum, am Arbeitsplatz mehr zu arbeiten. Das und nichts anderes hat Frau Brockmann geschrieben. Der FR ist jedenfalls kein Vorwurf zu machen, im Gegenteil. Der Artikel von Frau Brockmann ist berechtigt und richtig.

Jürgen H. Winter, Schönebeck

Diskussion: frblog.de/f20241001

Blockieren fürs Profil

Ampelkoalition: „Bei Tariftreue auf Konfrontation“, FR-Wirtschaft vom 19.9.

Ich hörte, es gibt ein Loch im Bundeshaushalt. Hier mein Song zu diesem Thema, gesungen auf die Melodie von „Ein Loch ist im Eimer“:

„Ein Loch ist im Haushalt“, sagt Christian, sagt Christian.

„Ein Loch ist im Haushalt“, sagt Christian,

„ein Loch“.

„Dann stopf es, oh Christian, oh Christian, dann stopf es, oh Christian.

Mach's dicht!“

„Womit denn, ihr Bürger, ihr Bürger?“

Womit denn ihr Bürger?

Womit?“

„Mit Cum-Ex, oh Christian, oh Christian,

Mit Cum-Ex, oh Christian

Nimm auch noch Cum-Cum.“

Reinhard Schemionek, Wustrow

Diskussion: frblog.de/f202430924